



- Berlin aktuell -

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

Wir brauchen das Freihandelsabkommen *Den Schwung des Obama-Besuchs nutzen*

US-Präsident Barack Obama hat auf seinem vermutlich letzten Deutschlandbesuch an die Europäer appelliert, angesichts der aktuellen Herausforderungen nicht zu verzagen, sondern stolz darauf zu sein, was Europa in den vergangenen Jahrzehnten alles gelungen ist.

Aber wir müssen mit dem gemeinsamen europäischen Haus sehr sorgsam umgehen. Nur wenn wir Europa pflegen, werden wir auch weiter in der Welt geachtet werden. Dazu gehört es auch, die Grundlagen für unseren Wohlstand zu erhalten. Europas Wirtschaft kann nur florieren, wenn wir auf den Weltmärkten erfolgreich sind. Unser Wohlstand und unsere soziale Sicherheit hängen maßgeblich vom erfolgreichen Export in die übrige Welt ab. Allein mit dem europäischen Binnenmarkt – so wichtig er für Deutschland auch ist – könnten wir die derzeitige Rekordbeschäftigung nicht erhalten.

Ein maßgeblicher Schlüssel für künftige Exportchancen und fortdauerndes Wachstum ist aber das geplante Transatlantische Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA, kurz TTIP. Völlig zu Recht haben Barack Obama und Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrem Besuch der Hannover-Messe die Bedeutung von TTIP hervorgehoben.

Anders als Kritiker wider besseres Wissen behaupten, sollen eben keine Umwelt- oder Verbraucherschutzstandards abgesenkt werden. Das haben die Kanzlerin und der US-Präsident erneut ausdrücklich betont.

Deutlich äußerte sich auch Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „TTIP sichert Arbeitsplätze und auch die Exportchancen für die deutsche Wirtschaft. Es muss schnell kommen, denn Amerika schließt immer mehr Freihandelsabkommen ab, und es darf niemand glauben, dass, wenn Amerika eine ganze Reihe von Freihandelsabkommen abge-

schlossen hat, es dann andere Bedingungen mit Europa geben wird. Das ist wirklich naiv“, sagte Kauder in Berlin.

Hintergrund: Auf der größten Industriemesse der Welt in Hannover zeigten in der letzten Woche über 5.200 Aussteller aus 75 Ländern neuste Produktionstechniken für die Fabrik von morgen. Auf der Hannover Messe 2016 wurde gezeigt, wie die Industrie 4.0 sich über Unternehmens- und Branchengrenzen hinweg immer weiter vernetzt. In diesem Jahr waren die USA Partnerland. Die Vereinigten Staaten haben den Stellenwert der Industrie wiederentdeckt und wollen diesen Wirtschaftssektor kräftig ausbauen. Vom Besuch des US-Präsidenten Obama in Hannover geht ein starkes Zeichen aus: Die USA und Europa halten am großen transatlantischen Zukunftsprojekt – der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft TTIP – fest und wollen es zu einem baldigen und erfolgreichen Abschluss führen. Das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP bietet die Chance, sich die zukünftigen Standards für Ex- und Importe nicht von den USA und Asien diktieren zu lassen, sondern mitzugestalten. Wenn die USA aber nur mit anderen Wirtschaftsregionen Freihandelsabkommen abschließen, werden deutsche exportorientierte Unternehmen in diesen Handelsräumen investieren, statt in Deutschland und Europa.

Die USA sind zu partnerschaftlicher Zusammenarbeit bei der Bewältigung der Herausforderungen bereit. Beide Seiten müssen sich jetzt anstrengen, bis zum Jahresende die verbliebenen offenen Frage zu klären. Natürlich muss ein vernünftiges Schiedsgericht-System ausgehandelt werden und es muss gewährleistet werden, dass sich Unternehmen gleichberechtigt an öffentlichen Ausschreibungen beteiligen können. Die USA sind unser wichtigster Bündnispartner. Europa muss sich anstrengen, sie nicht zu verlieren. Russland, das nach alter Größe und Bedeutung strebt, wartet nur darauf. ■

Durchbruch für Rücknahme von Flüchtlingen

Wichtigster Teil der EU-Türkei-Vereinbarungen zur Flüchtlingspolitik ist die Zusage der Türkei, abgelehnte Flüchtlinge von den griechischen Inseln umgehend zurückzunehmen. Mit dieser Regelung soll den Schleppern das Handwerk gelegt werden. Ein Problem war bislang, dass Asylanträge nur dann abgelehnt werden können, wenn Flüchtlinge auch in der Türkei Schutz erhalten. Bis letzte Woche war die Türkei aber nur bereit, Syrern Schutz zu gewähren. Für Angehörige anderer Staaten galt das nicht. Dies hat sich nach dem Türkei-besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel geändert. Nun garantiert die Türkei allen Flüchtlingen, dass sie registriert und nach den internationalen Standards versorgt werden. Damit kann die Rückführung von Flüchtlingen aus Griechenland beschleunigt werden. Von den 6500 Flüchtlingen, die derzeit auf den griechischen Inseln festsitzen, stammen 4000 aus Afghanistan, Pakistan, Bangladesch und weiteren Staaten, 2500 aus Syrien. ■

Besserer Schutz vor Kriminalität und Terrorismus

In einer gemeinsamen Klausurtagung haben sich die Vorstände der Koalitionsfraktionen auf weitere Maßnahmen zum besseren Schutz vor Kriminalität und Terrorismus verständigt. So wird z.B. die staatliche Förderung der privaten Einbruchssicherung stark erhöht. Viele Untersuchungen zeigen, dass 40% der Wohnungseinbrüche im Versuchsstadium steckenbleiben. Hauptgrund sind besondere Sicherungseinrichtungen. Im Herbst 2015 hatte die Koalition 10 Mio. Euro pro Jahr zum Einbau einbruchshemmender Türen und Fenster bereitgestellt. Da das Geld für 2016 bereits jetzt komplett vergeben wurde, wird die Gesamtsumme auf 50 Mio. Euro pro Jahr verfünffacht. Im Kampf gegen den Terrorismus hat die Koalition in den letzten Jahren bereits einiges unternommen. So sind Reisen in Kriegsgebiete zum Zweck der Terrorausbildung bereits strafbar. Um Extremisten an einer Ausreise oder auch an der Rückreise nach Deutschland zu hindern, kann ihnen der Personalausweis entzogen werden. Zusätzlich wollen wir uns nun für die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Ein- und Ausreiseregisters einsetzen. Zudem plant die Koalition weitere Maßnahmen gegen die Geldwäsche, um kriminellen Banden und Terrororganisationen leichter auf die Spur zu kommen. Um unsere Polizisten besser zu schützen, sollen sie mit sog. „Body-Cams“ ausgestattet werden, damit Angriffe dokumentiert und die Täter schnell bestraft werden können. ■

Arbeitslosenzahlen sind weiter gesunken

Im April waren 101 000 Menschen weniger ohne festen Job als noch im März. Im Vergleich zum Vorjahr sind das 99 000 Menschen weniger. Die Arbeitslosenquote sinkt damit um 0,2 % auf 6,3 %. Wir haben nach wie vor eine hohe Nachfrage an Arbeitskräften. Die Wirtschaft ist stabil und der Arbeitsmarkt robust. Die Voraussetzungen für Menschen, die bisher Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt hatten, sind momentan also sehr gut. Besonders im Fokus stehen dabei Langzeitarbeitslose und schwer erreichbare Jugendliche. Für beide Gruppen steht die berufliche Qualifikation im Mittelpunkt, für die neue Förderinstrumente entwickelt wurden. Auch die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen kann nur durch langfristig angelegte Qualifizierung gelingen. Hier geht es um den Ansatz von ‚Fördern und Fordern‘. Wir müssen Möglichkeiten zur beruflichen Qualifizierung anbieten, diese Angebote müssen aber auch wahrgenommen werden. Das geplante Integrationsgesetz handelt genau nach diesem Ansatz: Flüchtlinge sollen leichter Zugang zum Arbeitsmarkt sowie zur Ausbildung bekommen, alle Flüchtlinge sollen Sprach- und Orientierungskurse durchlaufen. Wer sich weigert, Deutsch zu lernen oder eine Arbeit aufzunehmen, muss mit gekürzten Leistungen rechnen. Selbst anerkannte Asylbewerber sollen dann kein Daueraufenthaltsrecht erhalten. ■

Änderung des Sexualstrafrechts

Letzte Woche begann der Bundestag mit den Beratungen über Änderungen im Sexualstrafrecht. Damit sollen Schutzlücken bei sexueller Nötigung und Vergewaltigung geschlossen und der Schutz der sexuellen Selbstbestimmung verbessert werden. Aktuell ist die Vornahme sexueller Handlungen gegen den Willen des Opfers alleine noch nicht strafbar – somit bleiben Fälle ungeahndet, in denen das Opfer nur mit Worten widerspricht oder sich etwa in einer Überraschungssituation nicht wehrt. Daher sieht der Entwurf künftig bereits dann eine strafbare Handlung vor, wenn der Täter eine Lage ausnutzt, in der eine andere Person aufgrund der überraschenden Begehung der Tat zum Widerstand unfähig ist oder im Fall ihres Widerstands ein empfindliches Übel befürchtet. Ziel ist es, jede nicht einvernehmliche sexuelle Handlung unter Strafe zu stellen. Allerdings haben die Fraktionen den vorliegenden Gesetzesentwurf von Justizminister Maas in vielen Bereichen als nicht ausreichend kritisiert. Das Gesetz wird daher im Rahmen der Beratungen Änderungen erfahren. ■